

P/V/168
Hinweis
auf den Inhalt:

Kritischer Beitrag zum Aufwand in Bonn	S.1
Was wird Nehru tun? -Von einem aussenpolitischen Mitarbeiter-	S.3
Dr.Schäffers Flüchtlings-Optik	S.4

Wo die Repräsentation endet
=====

- dt. Beschämt die einen, enttäuscht die anderen und verbittert die dritten, so blickt, dreigespalten, die deutsche Öffentlichkeit nach Bonn, wo sich der "Bundestagsausschuss zur Überprüfung der im Raum Bonn vergebenen Aufträge" bemüht, den Aufbau der Bundeshauptstadt mit der deutschen Wirklichkeit in Einklang zu bringen. Es vergeht kaum ein Tag, da nicht neue Meldungen darüber die interessierte Öffentlichkeit bewegen.

Beschämt sind die, denen Parteizugehörigkeit verbietet, sich laut über etwas zu entrüsten, was sie innerlich missbilligen. Enttäuscht diejenigen, die im Streit "Bonn oder Frankfurt" sich zurückhielten, die um des endlichen Friedens willen und um des Prinzips, jedem eine Chance zu geben, an die Versprechungen glaubten, dass man in Bonn mit einem Minimum von Aufwand ein Maximum von Regierungsfähigkeit schaffen werde. Jetzt sehen sie, dass mit einem der wichtigsten Elemente der Demokratie, dem Vertrauen, ihrem Vertrauen, ein böses Spiel getrieben wurde.

Verbittert - das dürfte die Mehrzahl des deutschen Volkes sein. Die Schichten nämlich, die bei der Verteilung des D-Mark-Sogens zu kurz kamen und seit mehr als zwei Jahren ein Dasein in der Nähe des Existenzminimums fristen. Verbittert müssen sie zur Kenntnis nehmen, dass aus den Fünf-Millionen-Vorschlägen des Ministerialrats Wandersleb eine Enttäuschung des Staatssekretärs Wandersleb und

eine 22-Millionen-Ausgabe des Bundesfinanzministers Schäffer geworden ist, weil der Ministerialrat Wandersleb nicht verhindern konnte, dass daraus "mehrere Maßanzüge" wurden. Dabei ist es fast uninteressant, dass die Ausgaben für das Bundeskanzleramt von einem Soll von 180.000 DM auf ein Ist von fast 900.000 kletterten, wenn auch die 8.000 DM für das Tafelsilber in der Dienstwohnung eines unfähigen Bundestagspräsidenten besonders ernüchternd wirken.

Gemessen am Gesamt-Bundeshaushalt sind die Beträge trotz ihrer absoluten, dem biedereren Steuerzahler Respekt einflössenden Höhe gering, aber darauf kommt es nicht an. Auf den Geist kommt es an, mit dem man an die Aufgabe herantritt, das heutige Deutschland zu repräsentieren. Denn zu allen Zeiten findet die Verpflichtung zur Repräsentation ihre Grenzen bei der Substanz des zu Repräsentierenden. Zu repräsentieren ist in Bonn ein Land, das den grössten aller Kriege verloren, das an den materiellen Verlusten des verlorenen Krieges mindestens zwei Generationen zu arbeiten, das acht Millionen Flüchtlingen ein menschenwürdiges Dasein zu geben, das 1,5 Mill. Arbeitslose zu Arbeit und Brot zu bringen und das nicht zuletzt fünf Mill. Wohnungen zu bauen hat. Von all diesen Dingen scheint man in Bonn nichts zu wissen, wenn es um den Ausbau der Ministerien und um die zweckmässigste Verwendung der Steuergelder in einem ausgebluteten Lande geht. Oder glaubt man, mit dem Glanz des Köhlerschen Tafelsilbers, von sauren Steuergroschen erworben, über das Elend der Vertriebenen und Kriegsbeschädigten hinwegtäuschen zu können? Glaubte man wirklich, etwas für die Lösung des Flüchtlingsproblems getan zu haben, indem man die Kosten für den Ausbau des Flüchtlingsministeriums um 100 Prozent überschreitet?

Der Weltfremdheit, mit der man in Bonn den sozialen Fragen gegenübertritt, in Dingen der Repräsentation das Beste und Teuerste zu bestellen, ohne nach dem Preis auch nur zu fragen. Die deutsche Demokratie ist - materiell wie ideell - leider zu wenig fundiert, als dass sie sich solche Weltfremdheit und Großzügigkeit leisten könnte.

Was wird Nehru tun?

Von einem aussenpolitischen Mitarbeiter

sp. Unbequeme Wahrheiten sind in Washington nicht beliebter als anderswo. Die führende Weltmacht des Westens ist noch an Erfahrungen zu arm, um Enttäuschungen mit Besonnenheit hinzunehmen. Als der Glanz des Staatsbesuches in der amerikanischen Hauptstadt den indischen Premierminister Nehru nicht aus seiner kühlen Reserve gegenüber der Washingtoner Asienpolitik herauszulocken vermochte, sank das Barometer so rasch, wie es im Honigmond der Feiern hochgestiegen war. Der Vermittlungsversuch des indischen Premiers in der koreanischen Frage hat das politische Klima nicht verbessert.

Nehru hat dem indischen Vertreter bei den Vereinten Nationen erst Anweisung gegeben, die Zustimmung Delhis zum Sicherheitsratsbeschuß mitzuteilen, nachdem die indische Regierung sich in sehr eingehenden Beratungen davon überzeugt hatte, dass Nordkorea einer Aggression schuldig geworden war. Dieses Zögern hatte nichts mit einer unsicheren Haltung gegenüber dem Kommunismus zu tun. In kaum einem Lande der Welt dürften heute so viele Kommunisten eingesperrt sein wie in Indien. Aber das Ja einer asiatischen Macht zum militärischen Eingreifen der Vormacht des Westens auf asiatischem Boden bedurfte einer sehr reichlichen Überlegung. Nehru stimmt mit Washington darin überein, dass die Eindämmung der kommunistischen Überflutung Asiens eine Frage auf Leben und Tod ist. Aber er hat keinen Zweifel darüber gelassen, dass er die amerikanischen Mittel und Methoden, dieses Ziel zu erreichen, für falsch und - was gefährlicher ist - für unwirksam hält. Wenn er im Falle Koreas Ja sagte, so deshalb, weil er einsah, dass die Vereinigten Staaten keine andere Wahl als die des militärischen Eingreifens hatten. Aber nicht nur als der Jünger Gandhis hält er den Einsatz der Waffen für eine unglückliche Notwendigkeit. Er kennt die asiatische Revolution genau - er ist ein Stück von ihr - um nicht zu wissen, dass ihre Ausdehnung mit militärischen Mitteln nicht mehr verhindert werden kann.

Nehru, der in sich die Begegnung und Auseinandersetzung der westlichen und asiatischen Welt erlebt und ausgetragen hat wie kaum ein zweiter asiatischer Staatsmann, sieht die Gefahr vor allem darin, dass der Westen Ursprung, Sinn und Ziel der asiatischen Revolution nicht begreift. Die Verbindung der Hilfe für Korea mit dem gefährlichen Schutz für Formosa hat der indische Premier als einen Beweis empfun-

den, dass auch das Debakel der amerikanischen China-Politik keine heilsame Lehre gewesen ist. Vor allem weiss Nehru, was man im Westen immer noch nicht begreift, dass die Übertragung der Spätformen westlicher Demokratie auf die dafür völlig unvorbereiteten asiatischen Völker zuerst zu Chaos und Korruption und dann zum Kommunismus führt. China, Burma, Malaya, Indochina und Korea sollten Beweise genug sein.

Nehrus Vermittlungsversuch in der koreanischen Frage ist von Moskau, dem er die willkommene Möglichkeit eines billigen Triumphes bot, angenommen, von Washington und London höflich, aber bestimmt abgelehnt worden. Gescheitert ist er an der amerikanischen Weigerung, das kommunistische China in die Vereinten Nationen aufzunehmen, beziehungsweise diese Aufnahme vor dem Zurückgehen der Nordkoreaner bis zum 38. Breitengrad zu erwägen. Diese berechnete und fast selbstverständliche Haltung Washingtons ist getrübt worden durch das amerikanische Argument, eine Verknüpfung der koreanischen Frage mit der des kommunistischen China sei unzulässig. Diese Verknüpfung war aber vorher bereits von amerikanischer Seite erfolgt - in der Form des amerikanischen Schutzes für Formosa.

Nehru hat ungewollt den Westen in eine psychologisch schwierige Lage hineinmanövriert. Man ist sich in Washington, vor allem natürlich in London, durchaus im klaren, dass Nehru die Ablehnung seines Vermittlungsvorschlages sehr ernst nehmen wird und fürchtet eine ungünstige Reaktion nicht nur in der zukünftigen Haltung Indiens, sondern auch bei den asiatischen Völkern, bei denen Nehrus Stimme grosses Gewicht hat. Man wird mit Spannung und auch wohl mit einiger Sorge die Haltung Indiens in dieser ohnehin spannungsschweren Auseinandersetzung zwischen Westen und Osten auf asiatischem Boden verfolgen müssen.

Dr. Schäffers Flüchtlings-Optik

sp. Bundesfinanzminister Dr. Schäffer, der von den Flüchtlingen bestgehaßte Mann im Bundesgebiet, hat eine Denkschrift veröffentlicht. 6 Mrd. Mark, so wird darin festgestellt, seien insgesamt seit 1945 für die Vertriebenen aufgewendet worden. Die deutsche Öffentlichkeit weiss nicht recht, was sie mit diesem Memorandum anfangen soll. Will der Bundesminister, nachdem er für die sozialen Forderungen der Vertriebenen bisher nur die gröbsten mißachtenden Formulierungen übrig hatte, nun mit leeren Zahlen nachweisen, dass für die Vertriebenen etwas geleistet wurde? Will dieser Mann, dessen soziales Gewissen bisher eine

bäachtliche Weite aufwies, sich mit einer so merkwürdigen Denkschrift reinwaschen? Oder ist es ein Versuch, dem Drängen der Flüchtlinge nach einem baldigen Rücktritt zu begegnen, um wieder ein paar Wochen oder Monate Zeit zu gewinnen? Vielleicht ist die Veröffentlichung dieser Denkschrift aber auch ein Entlastungsversuch der Bundesregierung, deren soziale Politik in der letzten Zeit einer besonders heftigen Kritik der Öffentlichkeit ausgesetzt war. Schliesslich gehört zu dem Unbehagen, das sich in den letzten Wochen in Bonn angehäuft hat, auch der Wählerfolg des BHE in Schleswig-Holstein.

Aber der Bundesfinanzminister hat bei seinem Rehabilitierungsversuch keine glückliche Hand gehabt. Was soll dieses Zahlenspiel angesichts der realen und akuten Not von etlichen Millionen Menschen, was besagen Geldbeträge, ganz gleich in welcher Höhenlage sie sich bewegen, wenn aller Orten klar wird, dass auch noch nicht ein Bruchteil dessen für die Vertriebenen getan worden ist, was hätte getan werden müssen und können? Die Mittel, die in dieser Veröffentlichung aufgeführt werden - und Minister Schäffer hat sich viel Mühe gegeben, alle nur irgendwie möglichen Posten für seine Aufstellung heranzuziehen - dienen meist caritativen Zwecken und mit Wohltätigkeit allein, das kann Dr. Schäffer von seinem Ministerkollegen Lukaschek erfahren, ist dem Problem nicht beizukommen. Aber immerhin, sechs Mrd. DM sind ein imponierender Betrag und, produktiv angesetzt, hätten sie die Initialzündung für die Lösung des Flüchtlingsproblems sein können.

Die Denkschrift Dr. Schäffers ist aber nicht nur unsachlich, sie ist auch einseitig. Sie zeigt die Vertriebenen nur als Steuernehmer, lässt aber völlig ausser acht, dass die Flüchtlinge mit ihren zahlreichen neu aufgebauten Betrieben, als Arbeiter, soweit sie das Glück haben, noch einen Arbeitsplatz zu besitzen und als frei Schaffende ein beachtlicher Faktor im westdeutschen Wirtschaftsprozess, also auch Steuerzahler sind. Dr. Schäffer hat nur die Soll-Seite des Flüchtlingskontos gezeigt; hätte er sich bei der Aufstellung der Haben-Seite ebensoviel Mühe gegeben, dann wäre vielleicht zutage gekommen, dass die von den Flüchtlingen aufgebrauchten Steuern erheblich mehr sind als die 6 Mrd., die Dr. Schäffer als Belastung anführt.

Diese Optik ist zu verzerrt, als dass sie ernstgenommen werden könnte. Minister Schäffer hätte besser daran getan, die Mittel zum Druck dieser Schrift zu sparen. Sie wird jetzt nur von den Vertriebenen auf ein Konto gebucht werden können, das bereits mit den unverantwortlich überzogenen Ausgaben für die "Hauptstadt" des Bundes belastet ist. Der Bundesfinanzminister hätte den Vertriebenen einen unvergleichlich grösseren Dienst erwiesen, wenn er seine Referenten nicht mit der unproduktiven Arbeit der Zusammenstellung dieser Zahlen beschäftigt, sondern die Arbeit an dem dringend geforderten Lastenausgleichsgesetz vorangetrieben hätte.

Verantwortlich: Peter Raunau